



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung

Sitzungsort: Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG		Sitzung-Nr.: KBA/06/2024
Sitzungsdatum: Dienstag, 26.11.2024	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 20:16 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	
Ausschussmitglieder	
Herr Stadtrat Dr. Matthias Schickel	
Herr Stadtrat Hans Achhammer	
Frau Stadträtin Brigitte Mader	
Frau Stadträtin Petra Volkwein	
Herr Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann	bis 19:20 Uhr, TOP 14
Frau Stadträtin Agnes Krumwiede	
Frau Stadträtin Barbara Leininger	
Herr Stadtrat Raimund Reibenspiß	bis 20:03 Uhr, TOP 1 nöSi
Herr Stadtrat Lukas Rehm	Vertretung für Herrn Stadtrat Oskar Lipp; bis 16:48 Uhr, TOP 2
Herr Stadtrat Fred Over	
Frau Stadträtin Veronika Hagn	
Herr Stadtrat Jürgen Köhler	
Berufsmäßige Stadträte	
Herr Marc Grandmontagne	
Herr Gero Hoffmann	
Verwaltung	
Frau Maria Bürkl	Amtsleiterin Schulverwaltungsamt, bis 19:34 Uhr

Herr Michael Klarner	Amtsleiter Presseamt
Frau Dr. Theres Rohde	Direktorin des Museums für Konkrete Kunst
Herr Lutz Tietmann	Zentrum Stadtgeschichte, zu TOP 18
Frau Beate Wittmann-Ott	Schulverwaltungsamt, bis 19:34 Uhr
Ferner anwesend	
Herr Univ.-Prof. Dr. phil. Daniel Mark Eberhard	Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, zu TOP 4
Frau Prof. Dr.-Ing. Elke Feifel	THI, zu TOP 6
Herr Werner Klein	Vorsitzender der Freunde des MKKD, zu TOP 1
Herr Prof. Dr. Walter Schober	Präsident THI, zu TOP 1
Herr Dari Somé	Vertreter aus Legmoin (Burkina Faso), zu TOP 3
Frau Aissata Sangaré	Vertreterin aus Legmoin (Burkina Faso), zu TOP 3
Frau Carine Nguegnina	Dolmetscherin, zu TOP 3

Entschuldigt	
Herr Stadtrat Oskar Lipp	

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	5
1 . Teilumplanung Hochschulplatz Außenkunst - Projektgenehmigung (Referenten: Herr Hoffmann, Herr Grandmontagne) Vorlage: V0834/24	5
2 . Aktuelle Information zum Kulturgesehen	9
3 . Bericht der Projektpartnergemeinde Legmoin (Burkina Faso) durch Herrn Dari Somé	9
4 . Erstellung eines Musikentwicklungsplanes für die Stadt Ingolstadt - Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen CSU und SPD vom 20.07.2021, V0694/21 und Sitzungsvorlage der Verwaltung V0299/22 vom 06.04.2022 - Vorstellung der Ergebnisse des Musikentwicklungsplans (Referent: Herr Grandmontagne) Vorlage: V0802/24	10
5 . Ausstellungen 2025 (Referent: Herr Grandmontagne) Vorlage: V0791/24	10

6 .	Sachstand Antrag MINT-Cluster III (mündlicher Bericht durch Frau Prof. Feifel von der THI)	11
7 .	Neufassung der Satzung über die Gebühren für die Benutzung der Museen der Stadt Ingolstadt (Museumsgebührensatzung) (Referenten: Herr Grandmontagne, Herr Müller) Vorlage: V0773/24	11
8 .	Neufassung der Satzung über die Gebühren der Simon-Mayr-Sing- und Musikschule der Stadt (Referenten: Herr Grandmontagne, Herr Müller) Vorlage: V0787/24	11
9 .	Gebührenberichte für die kostenrechenden Einrichtungen (Referent: Herr Grandmontagne) Vorlage: V0801/24	11
10 .	Errichtung eines Stelenwegs an der Donau; erneute Vorlage des Umsetzungskonzepts (Gemäß Beschluss StR vom 25.07.2023) (Referenten: Bürgermeisterin Kleine, Herr Grandmontagne, Frau Wittmann-Brand) Vorlage: V0749/24	12
11 .	Aktueller Sachstand Kulturkanal (Mündlicher Bericht Herr Grandmontagne)	12
12 .	Geplantes Gymnasium Pfaffenhofen-Ingolstadt; Zustimmung zum Standort im Landkreis Pfaffenhofen und Absichtserklärung zur Bildung eines Zweckverbandes (Referent: Herr Grandmontagne) Vorlage: V0747/24	14
13 .	1. Generalsanierung, Umbau und Erweiterung des Katharinen-Gymnasiums, Jesuitenstr. 10, 85049 Ingolstadt; Genehmigung des Gesamtraumprogramms sowie des Teilraumprogramms für den Ersatzneubau des Gebäudes C (Neubau); Programmgenehmigung; 2. Generalsanierung, Umbau und Erweiterung des Apian-Gymnasiums, Maximilianstr. 25, 85051 Ingolstadt; Start LPH 0 – Bedarfsermittlung, Entwicklung Raumprogramm und Raumkonzept (Referenten: Herr Grandmontagne, Herr Hoffmann, Frau Wittmann-Brand) Vorlage: V0611/24	18
14 .	Sachstandsbericht zu Schulbaumaßnahmen	23
15 .	Dach- und Betonsanierung der Fahrradhalle Gebäude G, Sir-William-Herschel Mittelschule, Herschelstraße 26, 85057 Ingolstadt - Projektgenehmigung (Referent: Herr Hoffmann) Vorlage: V0829/24	24
16 .	Sanierung und Erweiterung der Grundschule Unsernherrn - Projektgenehmigung (Referenten: Herr Hoffmann, Herr Grandmontagne) Vorlage: V0832/24	24
17 .	Neubau einer 4-gruppigen Kindertagesstätte am Fort Peyerl, Ottonenstraße 31, 85051 Ingolstadt (Referenten: Herr Hoffmann; Herr Grandmontagne) Vorlage: V0836/24	25
18 .	Zwischenbericht zu den Ergebnissen der Straßennamenkommission (Mündlicher Bericht Herr Grandmontagne)	26
	Nichtöffentliche Sitzung	27
1 .	Interimsfestsaal (Mündlicher Bericht Herr Grandmontagne)	27

Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Kultur und Bildung ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

Öffentliche Sitzung

In die Tagesordnung sollen **aufgenommen** bzw. **geändert** werden:

- 16 . Teilumplanung Hochschulplatz Außenkunst - Projektgenehmigung
(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Grandmontagne)
V0834/24

*soll als **TOP 1** behandelt werden.*

- 17 . Zwischenbericht zu den Ergebnissen der Straßennamenkommission
(Mündlicher Bericht Herr Grandmontagne)

*soll **aufgenommen** werden.*

- 18 . Sachstand Antrag MINT-Cluster III
(mündlicher Bericht durch Frau Prof. Feifel von der THI)

*soll **aufgenommen** und als **TOP 4** behandelt werden.*

- 19 . Interimsfestsaal
(Mündlicher Bericht Herr Grandmontagne)

*soll **aufgenommen** werden.*

(Der TOP wird bei Aufruf in den nichtöffentlichen Teil verschoben)

Danach gibt der Ausschuss für Kultur und Bildung seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung

1. Teilumplanung Hochschulplatz Außenkunst - Projektgenehmigung (Referenten: Herr Hoffmann, Herr Grandmontagne) Vorlage: V0834/24

Antrag:

- 1.) Auf Basis der vorliegenden Vorentwurfsplanung wird für die Teilumplanung des Hochschulplatzes die Projektgenehmigung erteilt.
- 2.) Die zusätzlichen Kosten für die Außenkunst in Höhe von 369.000 Euro brutto werden genehmigt. Die erforderlichen Mittel im Jahr 2026 auf der Haushaltsstelle 631700.950015 (Umbau Roßmühlstraße und Umfeld MKKD) müssen zum Haushalt 2026 neu angemeldet werden. Die bereits genehmigten Mittel für den Bauabschnitt 4 in Höhe von 895.000 Euro brutto wurden zum Haushalt 2025 für die Jahre 2025 und 2026 bereits angemeldet. Die Gesamtkosten für den Bauabschnitt 4 belaufen sich somit - einschließlich der bereits genehmigten Kosten in Höhe von 895.000 Euro brutto - auf 1.264.000 Euro brutto.
- 3.) Der optionalen Illumination der Kunstwerke wird:
 - a. die Programmgenehmigung erteilt und die für die **Planungsleistung** benötigten Haushaltsmittel in Höhe von 55.000 Euro brutto genehmigt. Die zusätzlichen Kosten für die Außenkunst betragen somit 424.000 Euro brutto. Die erforderlichen Mittel im Jahr 2026 auf der Haushaltsstelle 631700.950015 (Umbau Roßmühlstraße und Umfeld MKKD) müssen zum Haushalt 2026 neu angemeldet werden.
 - b. für die bauliche Realisierung der Illumination wird die Projektgenehmigung erteilt und die hierfür benötigten Haushaltsmittel (**Baukosten**) in Höhe von 162.000 Euro brutto genehmigt. Die zusätzlichen Kosten für die Außenkunst betragen somit 586.000 Euro brutto. Die erforderlichen Mittel im Jahr 2026 auf der Haushaltsstelle 631700.950015 (Umbau Roßmühlstraße und Umfeld MKKD) müssen zum Haushalt 2026 neu angemeldet werden.

Frau Dr. Rohde stellt anhand der dem Protokoll beiliegenden Präsentation die neue Planung für die Außenanlagen des MKKD vor. Der Freundeskreis des Museums, den es schon seit über 30 Jahren gibt, setze sich immer für die Stadt und die Konkrete Kunst ein, so beispielsweise mit dem „Crosswalk“ von Carlos Cruz-Diez vor ein paar Jahren, mit dem man es deutschlandweit in die Presse geschafft habe. Mit dem vorliegenden Projekt wolle man diesen Erfolg fortführen. Auf die Frage „Was braucht dieses Museum noch?“ habe man als Antwort die Platzgestaltung gefunden. Der aktuelle Plan orientiere sich stark an der Gestaltung an die bisherige Außenanlagenplanung im Quartier G - dies sei aber unbedingt zu überdenken.

Herr Klein vom Freundeskreis führt fort, dass der Verein mit Hilfe einer professionellen Unterstützung eine große Auslobung eines nicht offenen, aber bezahlten Wettbewerbs durchgeführt habe (vgl. Folien). Aus den vier internationalen Wettbewerbsteilnehmern habe sich eine Jury letztlich für Jürgen Mayer H., einer der renommiertesten Künstler und Architekten entschieden. Das Ziel der Gestaltung sei, zum einen Aufmerksamkeit für das Museums zu erzeugen, gleichzeitig aber auch eine lebenswerte Stadt und die Kultur zu fördern. Die Skulpturen seien aus Holz und damit wetterbeständig und gut reparierbar, so Herr Klein. Die Beleuchtung diene nicht nur der Sicherheit, sondern auch als Ambiente.

Frau Dr. Rohe stellt nochmals die Ist-Planung sowie die mögliche Umplanung gegenüber. Die Werke seien viel mehr als nur eine Außenskulptur des Museums, der Platz sei vor allem auch ein Ort der Begegnung und eine Belebung des Quartier G. Darüber hinaus bringe das Projekt Vorteile für die Stadtentwicklung, das Stadtmarketing, diene einem grüneren Ingolstadt und komme eventuell auch als IBA-Projekt in Frage. Zusammenfassend wäre es ein zeitgemäßer Vorplatz für das zukünftige Ingolstadt.

Während ein Video der Planung gezeigt wird, erklärt Herr Klein, dass die größte Skulptur 12,50 Meter hoch ist und somit fast von Paradeplatz aus sichtbar, also ein deutlicher Hinweis zum Eingang des Museums.

THI-Präsident Prof. Dr. Schober würde die Umsetzung begrüßen und weist darauf hin, dass auf dem Platz täglich bis zu 8000 Studierende verkehren. Es wäre ein sichtbares Zeichen für Kunst, Innovation und auch Nachhaltigkeit. Zwar könne er keine staatlichen Gelder zur Verfügung stellen, jedoch wolle er mit dem Freundeskreis der Hochschule über eine mögliche Unterstützung sprechen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll finde das Projekt toll und habe selbst in der Jury mitgewirkt. Es wäre eine fantastische Auflockerung für das Stadtbild, ein Magnet für Touristen, diene der Aufwertung des Museums und fördere die Entsiegelung des Terrains.

Herr Grandmontagne sieht das derzeitige Problem der finanziellen Mittel, stellt aber heraus, dass das Werk eines weltweit bekannten Künstlers ein würdiger Abschluss des Areals sei und deutlich über Ingolstadt hinauswirken könne. Es sei nicht nur touristisch wertvoll, sondern auch ein Beitrag für die gesamte Stadtgesellschaft. Die Aufenthaltsqualität werde gesteigert und das Quartier nochmals weiterentwickelt. Ge-

rade in der aktuellen Zeit und der schwierigen wirtschaftlichen Lage wäre die Zustimmung ein positiver Kontrastpunkt. Man sollte sich diese Chance nicht entgehen lassen und er sei hoffnungsvoll, dass wieder bessere Zeiten kommen werden, wo man um diesen Platz froh sein werde. Ein zugepflasterter Platz sei weder schön, noch gut für das Klima.

Herr Hoffmann stellt die Kosten anhand der dem Protokoll beiliegenden Präsentation vor. Durch die zusätzliche Außenkunst sei von der ROB eine höhere Förderung in Aussicht gestellt worden. Diese sei in der Vorlage in der Finanzierung jedoch noch nicht mit eingerechnet, da das Haushaltsrecht eine Genehmigung der entstehenden Gesamtkosten fordere.

Laut Stadtrat Dr. Schuhmann könne die Stadt endlich zeigen, dass die Mut habe. Man bekomme wohl nicht oft die Chance, ein solch spektakuläres Geschenk von einem Verein zu erhalten. Neben den positiven Argumenten für den Tourismus und einem grüneren Ingolstadt, müssten aber auch die doch hohen Kosten bedacht und abgewogen werden. Er möchte wissen, ob es nicht noch Möglichkeiten für weitere Sponsoren gebe. Bei der Gomringer-Sammlung habe AUDI beispielsweise damals 100.000 Mark zur Verfügung gestellt.

Stadtrat Dr. Schickel ist der Meinung, dass es positive Signale brauche, um an die Zukunft der Stadt zu glauben. Das Kunstwerk wirke nicht nur nach innen die Stadtgesellschaft, sondern auch nach außen für Touristen, Hotelbesucher und Studenten.

Herr Klein erläutert, dass der Verein bereits namhafte Sponsoren aus der Stadt und der Region akquirieren konnte, diese jedoch auf die Entscheidung der Stadt warten würden. Man wolle auch noch die breite Bevölkerung einbinden und um Spenden werben. Jemand der für ein solches Projekt Geld ausbebe, werde sich auch in Zukunft mit der Stadt identifizieren.

Stadträtin Krumwiede ist der Überzeugung, dass die Menschen nicht nur für das Museum, sondern auch wegen des Kunstwerkes in die Stadt kommen werden. Das Objekt sei wunderbar und könne ein Magnet sein. Das Museum brauche repräsentative Außenkunst und nicht nur einen leeren Platz.

Stadträtin Hagn betont, dass es im Hinblick auf das ganze Projekt des MKKD nicht an Mut fehle. Obwohl ihr persönlich der Vorschlag gefalle, habe sie Bedenken bezüglich der Kosten und möchte daher wissen, ob es noch weitere Förderprogramme gebe.

Herr Klein antwortet, dass es Stiftungen in Deutschland gebe, die eventuell noch unterstützen könnten. Diese benötigen jedoch erst eine finale Entscheidung des Stadtrates.

Sobald ein positiver Beschluss gefasst sei, könne der Verein alle möglichen Akteure ansprechen, um vielleicht noch mehr Geld zusammenzubringen.

Stadtrat Köhler lobt das Engagement des Freundeskreises. Die Stadt solle die Chance ergreifen und nicht nur kurzfristig denken. Es sei viel Geld in das Museum gesteckt worden, daher solle auch das Ambiente des Vorplatzes ein Anreiz sein dort hinein zu gehen. Auch die vielen Studenten sollen sich dort wohlfühlen.

Stadtrat Achhammer signalisiert wie seine Vorredner Zustimmung, gibt aber bereits zu bedenken, dass das allgemeine Meinungsbild im FWA wohl ein anderes sein werde. Er sei öfter von Bürgern angesprochen worden, die die hohen Ausgaben für das Museum kritisiert hätten, daher brauche es vor allem auch Mut in der Bevölkerung zu diesem Vorhaben. Hinsichtlich des Materials möchte er wissen, wie bei Vandalismus vorgegangen werde und ob die verleimten Platten witterungsbeständig sind.

Herr Hoffmann erklärt, dass es für die Ausführung der Skulpturen noch keine konkreten Details vom Büro des Künstlers gebe. Er gehe davon aus, dass man die Kanten der einzelnen Platten aus Kerto-Holz (Funierschichtholz) irgendwie versiegeln müsse. Die Planer und die Verwaltung würden sich dazu noch Gedanken machen.

Frau Dr. Rohe sagt, dass die Alterung künstlerisch erwünscht sei. Vor Vandalismus sei man nie gefeit, dies habe man allerdings in den Vorüberlegungen bedacht. Zum Beispiel waren von vornherein Spiegel oder Glas ausgeschlossen. Durch die Konstruktion würden sich theoretisch auch einzelne Teile austauschen lassen, falls dies nötig sei.

Für Stadtrat Reibenspieß ist es wichtig, ein Zeichen zu setzen und gleichzeitig die städtische Verantwortung nicht aus den Augen zu verlieren. Die Aussage, dass weitere Sponsoren in Aussicht seien, habe ihn daher beruhigt.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

2 . Aktuelle Information zum Kulturgesehehen

Herr Grandmontagne informiert, dass die Jazztage gut besucht waren und es durchweg positive Resonanz in der Stadtgesellschaft und bei den Besuchern gegeben habe.

3 . Bericht der Projektpartnergemeinde Legmoin (Burkina Faso) durch Herrn Dari Somé

Herr Somé, der von Krankenschwester Frau Sangaré begleitet wird, berichtet anhand der dem Protokoll beiliegenden Präsentation von der aktuellen Notlage in Legmoin aufgrund der Kämpfe zwischen der Armee und den islamistischen Terroristen. Die Bevölkerung sei der Leidtragende, die Terroristen blockierten Zugänge zu Feldern und würden Bauern attackieren oder töten. Wenn dennoch etwas angebaut werden könne, würde die Ernte durch Feuer vernichtet werden. Im Namen der Bevölkerung wolle er sich für das gespendete Getreide bedanken.

Weiter berichtet Herr Somé von Projekt CAR (Centre d'Accueil et Réfectoire). Das Zentrum solle Übernachtungsmöglichkeiten für Auszubildende und Betreuer schaffen, die weiter entfernt wohnen – mit Küche und angeschlossener Kantine. Die Schlafblöcke für Mädchen seien bereits fertiggestellt und teils bewohnt. Die Schlafsäle für Jungs seien schon gebaut, es fehle nur noch die Ausstattung mit Betten und Matratzen. Des Weiteren sei eine PV-Anlage installiert worden, die neben den Schlafböcken sogar das Ausbildungszentrum mit Strom versorgen könne.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ist der Meinung, dass gut ausgebildete Jugendliche zur Stabilisierung des Landes beitragen könnten, daher sei das Projekt sehr wichtig. Sie schlägt vor, in der Bevölkerung weiter zum Spenden aufzurufen.

Frau Diederichs erklärt, dass jeder gespendete Euro wirklich in der Bevölkerung ankomme. Man habe durch ein Konto vor Ort eine administrative Möglichkeit gefunden, dass das Geld nur für Herrn Somé freigegeben wird.

Bekanntgabe

- 4 . Erstellung eines Musikentwicklungsplanes für die Stadt Ingolstadt**
- Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen CSU und SPD vom 20.07.2021,
V0694/21 und Sitzungsvorlage der Verwaltung V0299/22 vom 06.04.2022
- Vorstellung der Ergebnisse des Musikentwicklungsplans
(Referent: Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0802/24

Bekanntgabe:

Die von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt erstellte Studie „Musikentwicklungsplan der Stadt Ingolstadt“ wird bekanntgegeben.

Herr Prof. Dr. Eberhard von der KU Ingolstadt-Eichstätt stellt anhand der dem Protokoll beiliegendem Präsentation den Musikentwicklungsplan vor. Insofern wird auf weitere Ausführungen verzichtet.

Der Bericht wird bekanntgegeben.

Bekanntgabe

- 5 . Ausstellungen 2025**
(Referent: Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0791/24

Bekanntgabe:

Die Ausstellungsplanung der Museen für 2025 wird bekanntgegeben.

Stadträtin Krumwiede merkt an, dass sie keine Ausstellungen zur Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus, die sich 2025 zum 80. Mal jährt, finden könne.

Herr Grandmontagne entgegnet, dass es dazu Planungen gegeben habe, die aufgrund der aktuellen Personensituation nicht umgesetzt werden können. Stattdessen seien verschiedene Schülerprojekte und ein Abendvortrag zum Thema „80 Jahre Kriegsende im Spiegel der Archäologie“ mit Prof. Ruth Sandner vorgesehen. Der Fokus liege auf der pädagogischen Arbeit mit den Schulen. Zudem weist er darauf hin, dass das Franziskanerkloster im nächsten Jahr sein 750-jähriges Jubiläum feiere. Hierzu gebe es Überlegungen in der Kirchengemeinde.

Die Ausstellungsplanung wird bekanntgegeben.

**6 . Sachstand Antrag MINT-Cluster III
(mündlicher Bericht durch Frau Prof. Feifel von der THI)**

Frau Prof. Feifel von der THI berichtet anhand der dem Protokoll beiliegenden Präsentation vom Projekt „Servus-MINT“. Insofern wird auf weitergehende Ausführungen verzichtet.

Beratend

**7 . Neufassung der Satzung über die Gebühren für die Benutzung der Museen der Stadt Ingolstadt (Museumsgebührensatzung)
(Referenten: Herr Grandmontagne, Herr Müller)
Vorlage: V0773/24**

Mit 12:0 Stimmen befürwortet:

Die Neufassung der Satzung über die Gebühren für die Benutzung der Museen der Stadt Ingolstadt (Museumsgebührensatzung) wird entsprechend der Anlage 1 zu dieser Sitzungsvorlage beschlossen.

Beratend

**8 . Neufassung der Satzung über die Gebühren der Simon-Mayr-Sing- und Musikschule der Stadt
(Referent: Herr Grandmontagne, Herr Müller)
Vorlage: V0787/24**

Mit 12:0 Stimmen befürwortet:

Die Neufassung der Satzung über die Gebühren für die Simon-Mayr-Sing- und Musikschule wird entsprechend der Anlage 1 zu dieser Sitzungsvorlage beschlossen.

Bekanntgabe

**9 . Gebührenberichte für die kostenrechenden Einrichtungen
(Referent: Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0801/24**

Bekanntgabe:

Die Gebührenberichte der Jugendherberge und des Wochenmarktes, Stadttheaters, der Technikerschule und Mittags- und Randbetreuungen der Schulen in Sachauf-

wandsträgerschaft der Stadt Ingolstadt, Volkshochschule, Simon-Mayr-Sing- und Musikschule, Stadtbücherei und Schulmedienzentrale, Städtischen Kindertageseinrichtungen, Maria de Victoria, Zentrum Stadtgeschichte, des Fleißerhauses, Stadtarchives, Bauerngerätemuseums, Museums für Konkrete Kunst und Deutschen Medizinhistorischen Museums werden zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Herr Grandmontagne weist darauf hin, dass bei den Rechnungsergebnissen in der Anlage einige Zahlen nachträglich berichtigt wurden (gelb markiert).

Der Gebührenbericht wird bekanntgegeben.

- 10 . **Errichtung eines Stelenwegs an der Donau;
erneute Vorlage des Umsetzungskonzepts (Gemäß Beschluss StR vom
25.07.2023)
(Referenten: Bürgermeisterin Kleine, Herr Grandmontagne, Frau Wittmann-
Brand)
Vorlage: V0749/24**

Einstimmig befürwortet:

1. Das Konzept für einen „Stelenweg an der Donau“ wird bekanntgegeben.
2. Die Umsetzung des Konzeptes wird aufgrund der Haushaltskonsolidierung bis mindestens Ende des Jahres 2027 ausgesetzt. Die Verwaltung wird beauftragt, das Konzept dem Stadtrat frühestens ab Herbst 2027 erneut zur Entscheidung vorzulegen.

Bekanntgabe

- 11 . **Aktueller Sachstand Kulturkanal
(Mündlicher Bericht Herr Grandmontagne)**

Herr Grandmontagne informiert, dass der Kulturkanal bisher durch AUDI, die Stadt Ingolstadt und die umliegenden Landkreise finanziert wurde. Der Verein arbeite ehrenamtlich, lediglich die Hauptredakteurin Frau Dr. Kreim werde bezahlt. Da sich die anderen Geldgeber immer mehr zurückziehen bzw. bereits haben, müsse der Kulturkanal seine Arbeit zum 30.06.2025 einstellen. Im Kulturbeirat habe man darüber gesprochen, zu einem Runden Tisch einzuladen, um mit den anderen Partnern nochmal über eine Möglichkeit für die Zukunft zu sprechen. Ingolstadt allein werde in Anbetracht der aktuellen Haushaltslage das Projekt nicht stemmen können

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erwähnt, dass der Kulturkanal auch Thema in der nächsten Gesprächsrunde des Oberbürgermeisters mit den Landräten sein werde.

Auf Nachfrage von Stadtrat Dr. Schuhmann antwortet Herr Grandmontagne, dass die Gründe für den Ausstieg der andern Akteure vor allem finanzieller Natur seien und keine inhaltlichen Bedenken.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erklärt, dass die Stadt nicht vorhabe, ihre Förderung zu kürzen, es alleine aber auch nicht funktionieren werde.

Stadträtin Leininger berichtet, dass man im Kulturbeirat darüber nachgedacht habe, ob ein Aufruf durch das Gremium sinnvoll sein könne. Dies sollte jedoch zuerst mit dem Vorsitzenden besprochen werden. Sie fragt, ob diese Absprache erfolgt sei und wie man mit dem Vorschlag weiter verfahre, da eine Entscheidung beim nächsten Sitzungstermin bereits zu spät sein könne.

Herr Grandmontagne entgegnet, dass sich durch den Bericht aus der Sitzung im DONAUKURIER der Aufruf bereits erledigt habe, er wollte deshalb heute das weitere Vorgehen besprechen. Eventuell ergebe sich bei dem Gespräch mit den Landräten noch etwas Neues, grundsätzlich sei er aber unsicher, wie man am besten helfen könne.

Auf Nachfrage von Stadtrat Over antwortet Herr Grandmontagne, dass der Fehlbetrag für nächstes Jahr bei ca. 17.000 € liege.

Da es sich um keine riesengroße Summe handle, sei sie hoffnungsfroh, dass eine Lösung gefunden werde. Eventuell bestehe die Möglichkeit private Spender zu akquirieren, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Weiter teilt sie auf Nachfrage von Stadträtin Mader mit, dass sie davon ausgehe, dass sich der Verein bereits über Fördermöglichkeiten erkundigt habe.

Stadträtin Leininger betont als Mitglied des Vorstandes des Vereins, dass besonders eine nachhaltige und zuverlässige Finanzierung wichtig sei, damit die Beteiligten mit sicheren Einnahmen planen könnten. Zwar herrsche derzeit eine schwierige Haushaltslage, dennoch gehe es um keine allzu große Summe. Ihr sei wichtig, dass der Appell aus dem Kulturbeirat publik gemacht werde. In Anbetracht der knappen Zeit schlägt sie zur weiteren Entscheidung einen Umlaufbeschluss vor.

Herr Grandmontagne bittet darum, dass die Kontaktaufnahme mit ihm durch den Vorsitzenden des Vereins erfolgen solle. Einen Umlaufbeschluss zu fassen hält er für

eine gute Idee. Er stellt jedoch die Frage in den Raum, ob die Veröffentlichung eines Statements reiche. Viel mehr bräuchte es ein gesamtes Maßnahmenpaket, das beispielsweise auch Fördermitgliedschaften oder ein Crowdfunding beinhalte.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll unterstreicht, dass die Stadt gerne helfen wolle, jedoch keine Aktionen ohne den Verein starten könne.

Stadtrat Over habe erfahren, dass der Fehlbetrag nur bei 15.000 € liege. Er bekräftigt, dass diese Summe kein Hindernis sein dürfe.

Beratend

- 12 . Geplantes Gymnasium Pfaffenhofen-Ingolstadt;
Zustimmung zum Standort im Landkreis Pfaffenhofen und Absichtserklärung
zur Bildung eines Zweckverbandes
(Referent: Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0747/24**

Antrag:

1. Der Auswertung und Einordnung der eingegangenen Bewerbungen der Gemeinden Baar-Ebenhausen und Manching zum Auswahlverfahren zur Standortentscheidung für das geplante Gymnasium Pfaffenhofen-Ingolstadt wird gefolgt:

Dem Standort in der Gemarkung/Gemeinde Manching, Grundstück Flurnummern 628/38, 875 und 813 (Teilfläche) mit einer nutzbaren Fläche von ca. 30.000 qm und insgesamt erreichten 28,5 von möglichen 30,0 Punkten wird zugestimmt.

2. Mit der Absicht, für die Neugründung und den Betrieb des geplanten Gymnasiums auf dem Gebiet des Landkreises Pfaffenhofen einen Zweckverband nach Art. 17 ff. des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) mit dem Landkreis Pfaffenhofen zu bilden, besteht Einverständnis.

Herr Grandmontagne führt eingangs in die Thematik ein. Durch die steigende Zahl an Gymnasiasten müsse man sich überlegen, wie man damit umgehen wolle. Derzeit laufe das zweite Jahr, in dem Schüler aus den Landkreisen abgewiesen werden mussten. Nun gehe es um den Neubau eines 3-4 zügigen Gymnasiums im Rahmen eines Zweckverbandes mit dem Landkreis Pfaffenhofen. Für den Fall, dass die Stadt Ingolstadt sich daran beteilige, bedeute das einerseits eine Beteiligung an den Baukosten (in Verhandlung ist ein Drittel, was grob geschätzten 30 Mio. € an Baukosten entspreche) und zusätzlich Mehrbelastungen durch die anfallenden Betriebskosten pro Ingolstädter Schüler. Im vergleichbaren Fall des Zweckverbandsgymnasiums

Gaimersheim beliefen sich diese pro Schüler auf ca. 2500 €. Laut Aussage der Ministerialbeauftragten sei es rein juristisch so, dass jede Gebietskörperschaft für ihre eigenen Schüler einen Gymnasialplatz vorhalten müsse. Somit müsse der Landkreis mittelfristig auch alleine ein neues Gymnasium bauen, unabhängig von der Entscheidung der Stadt. Theoretisch könnten die Ingolstädter Schüler dann trotzdem dort hingehen und die Stadt müsse lediglich einen Gastschulbeitrag von 950 € pro Schüler bezahlen. Einem solchen Vorgehen stehe jedoch eine echte politische Zusammenarbeit in der Region gegenüber.

Stadtrat Schickel gehe davon aus, dass Ingolstadt seine eigenen Schüler durch die projektierten Maßnahmen im Stadtgebiet unterbringen könne. Dennoch tue er sich schwer, mit dem bildungspolitischen Denken an der Stadtmauer Halt zu machen. Die Region arbeite in vielen Feldern zusammen und sei aufeinander angewiesen. Er halte es deshalb für ein schwerwiegendes Signal nun das Projekt abzulehnen, auf das jahrelang hingearbeitet wurde und von Seiten der Stadt klar gewollt war. Er gibt zu bedenken, dass der Süden wachse und Ingolstadt womöglich irgendwann auch froh sei, wenn Schüler in Pfaffenhofen unterkommen könnten – und diese dann nicht abgelehnt werden. Man müsse in dieser Entscheidung wohl überlegen, ob man sich aus finanzieller Not wirklich einer zukunftsfähigen Lösung verschließen wolle. Zusammenarbeit sei besser als einmauern.

Herr Grandmontagne stellt klar, dass aus reiner Willkür keine Schüler abgewiesen werden könnten. Dies sei nur möglich, wenn die eigenen Plätze alle erschöpft seien.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sieht den Zwiespalt zwischen der finanziellen Lage einerseits und andererseits der Tatsache, dass Ingolstadt damals den Prozess für den Zweckverband angestoßen habe.

Stadtrat Dr. Schuhmann hebt hervor, dass eine regionale Zusammenarbeit generell immer wichtiger werde und lobt die sehr gute Kooperation beim Gymnasium Gaimersheim. Er gehe davon aus, dass sich Airbus erweitern werde und dadurch auch der Ingolstädter Süden wachse. Das heißt, dass der Druck auf die städtischen Gymnasien steige. Er erinnert, dass einige Ortsteile, wie Zuchering, nah an der Landkreisgrenze liegen und Manching daher ein optimaler Standort sei. Das Vorgehen, anstelle eines Zweckverbandes lieber Gastschulbeiträge zu zahlen, sei nicht zukunftsorientiert. Trotz finanzieller Not stehe er hinter dem Projekt, sehe Nachverhandlungen zur Kostenbeteiligung aber auch für sinnvoll.

Stadtrat Reibenspieß spricht sich für ein überregionales Gymnasium aus. Er weist aber darauf hin, dass Ingolstadt seit Jahrzehnten Schüler mit Gastschulantrag aufnehme, jedoch nie eine Baukostenbeteiligung stattgefunden habe. Er möchte wissen, welchen Anspruch Ingolstadt dann tatsächlich auf die Plätze haben werde und ob diese abhängig von der Kostenbeteiligung seien.

Frau Bürkl erklärt, dass grundsätzlich verhandelt werden müsse, wie hoch die Beteiligung der Stadt an den Baukosten sei. Wie auch in Gaimersheim werde dann nach fünf Jahren geschaut, wie hoch der tatsächliche Schüleranteil sei. Je nachdem, müssten Investitionskosten nachgezahlt werden oder würden zurückerstattet.

In Anbetracht der Haushaltslage wäre ein möglichst geringer Anteil an den Baukosten wünschenswert, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Es sei sinnvoller, dass die Stadt nachträglich mehr zahle, falls nötig.

Stadträtin Hagn könne die vorgebrachten Argumente nachvollziehen. Unter dem Gesichtspunkt der Haushaltslage und der ausstehenden Bauprojekte mache eine Beteiligung jedoch aktuell keinen Sinn.

Stadträtin Leininger erklärt, dass ihre Fraktion bis vor kurzem das Projekt nie infrage gestellt habe. In der jetzigen Situation tendiere sie nun allerdings zu einem „Nein“. Natürlich dürften die regionalen Partner nicht einfach verprellt werden, deshalb bedürfe es zumindest eines flexiblen Modells, wonach die Kosten abhängig von der Schülerzahl sei. Die Zusage eines festen Kostenbeitrages sei nicht sinnvoll. 30 Millionen Euro seien in Relation zu 150 Schülern enorm viel.

Frau Bürkl erläutert, dass diese 30 % daher kommen, dass es beim Zweckverband Gymnasium Gaimersheim auch so gehandhabt wurde. Ingolstadt beteiligte sich zu 30 % an den Baukosten und nach fünf Jahren wurde abgerechnet und ausgeglichen anhand der tatsächlichen Schülerzahl. Der prozentuale Anteil im jetzigen Fall sei nur ein Vorschlag und könne noch verhandelt werden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sehe einen geringen Prozentsatz als möglichen Kompromiss.

Stadtrat Dr. Schickel signalisiert – entgegen seiner eignen Überzeugung - Ablehnung seitens der CSU-Fraktion, sofern es beim alten Vorschlag bleibt. Eine Nachverhandlung sei ein möglicher Weg, die regionale Zusammenarbeit aufrecht zu erhalten. Er weist darauf hin, dass es im Süden bisher nur das Apian-Gymnasium gibt und nur noch wenig Puffer für steigende Schülerzahlen vorhanden sei.

Frau Wittmann-Ott antwortet, dass bei einer Erweiterung des Apians auf 6,5 Züge die Ingolstädter Bedarfe gedeckt werden könnten. Hier wäre sogar noch ein kleiner Puffer vorhanden. Es sei zudem zu bedenken, dass sich die südlichen Grundschulen auch auf andere Ingolstädter Gymnasien verteilen.

Stadtrat Köhler sein hin- und hergerissen und würde einen Kompromissvorschlag begrüßen. Er fragt, wann das Geld überhaupt nötig sei.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll antwortet, dass die Quote bereits bei den Planungen feststehen müsse zur Verteilung der anfallenden Kosten.

Sodann erfolgt folgende Abstimmung:

Mit allen Stimmen:

1. Der Auswertung und Einordnung der eingegangenen Bewerbungen der Gemeinden Baar-Ebenhausen und Manching zum Auswahlverfahren zur Standortentscheidung für das geplante Gymnasium Pfaffenhofen-Ingolstadt wird gefolgt:

Dem Standort in der Gemarkung/Gemeinde Manching, Grundstück Flurnummern 628/38, 875 und 813 (Teilfläche) mit einer nutzbaren Fläche von ca. 30.000 qm und insgesamt erreichten 28,5 von möglichen 30,0 Punkten wird zugestimmt.

Hinsichtlich Antragspunkt 2 schlägt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll vor, bis zum Stadtrat nachzuverhandeln und eine niedrigere Beteiligungsquote vorzulegen.

Frau Bürkl entgegnet, dass ein Ergebnis bis zum Stadtrat nicht möglich sei. Es hätten bisher keinerlei Verhandlungen stattgefunden. Es bräuchte zudem noch die Genehmigung des Kultusministeriums und des Finanzministeriums zum Bau eines neuen Gymnasiums. Letztendlich müsse wohl immer nach der tatsächlichen Schülerzahl bezahlt werden. In Gaimersheim würden die laufenden Betriebs- und Investitionskosten auch immer anteilig nach der Schülerzahl der letzten fünf Jahre berechnet. Sie erklärt weiter, dass sich Ingolstadt in Pfaffenhofen auch in dieser Weise beteiligen

könne. Pfaffenhofener Schüler, die ein Gymnasium in Ingolstadt besuchen, würden aber aktuell nur Gastschulbeiträge zahlen.

Der Ausschuss einigt sich darauf, die Vorlage zur weiteren Entscheidung in den Stadtrat zu verweisen.

Herr Grandmontagne gibt abschließend zu bedenken, dass es sich letztlich um eine freiwillige Leistung handle und man die pflichtigen Aufgaben bei den Schul- und Kitabauten und vor allem die Sanierung des Theaters dabei nicht aus dem Blick verlieren dürfe.

Beratend

- 13 . **1. Generalsanierung, Umbau und Erweiterung des Katharinen-Gymnasiums, Jesuitenstr. 10, 85049 Ingolstadt;
Genehmigung des Gesamtraumprogramms sowie des Teilraumprogramms für den Ersatzneubau des Gebäudes C (Neubau);
Programmgenehmigung;
2. Generalsanierung, Umbau und Erweiterung des Apian-Gymnasiums, Maximilianstr. 25, 85051 Ingolstadt;
Start LPH 0 – Bedarfsermittlung, Entwicklung Raumprogramm und Raumkonzept
(Referenten: Herr Grandmontagne, Herr Hoffmann, Frau Wittmann-Brand)
Vorlage: V0611/24**

Antrag:

1. Der **Generalsanierung** und dem **Umbau der Gebäude A (Hauptbau) und B (Kollegstufenbau)** sowie einem **Ersatzneubau des Gebäudes C (Neubau)** am Katharinen-Gymnasium wird zugestimmt.
- 1.1 Für das Katharinen-Gymnasium wird zur Beschulung von **50 Klassen/ Kursen (5,5 Züge)** mit interimsmäßiger Unterbringung von weiteren zwei Klassen/ Kursen ein **Gesamtraumprogramm** von ca. 8.560 m² NUF 1-6 genehmigt. Es setzt sich zusammen aus dem
 - 1.1.2 Teilraumprogramm für den **Ersatzneubau des Gebäudes C (Neubau)** mit Flächen für die Fachräume Musik und Naturwissenschaften (Physik, Chemie, Biologie, Natur und Technik) von ca. 1.630 m² NUF 1-6.
 - 1.1.3 Raumprogramm der **Bestandsgebäude A (Hauptbau) und B (Kollegstufenbau)** mit Flächen für den Unterrichts-, Personal-, Verwaltungs-, Arbeitstechnischen/ Aufenthalts-/ Pausenbereich und Flächen für die offene Ganztagsbetreuung von ca. 6.930 m² NUF 1-6.
- 1.2 Für einen Küchen- und Speisenbereich stehen in den Bestandsgebäuden keine

Flächen zur Verfügung. Die **Mittagsverpflegung** soll weiterhin über die Nutzung der benachbarten zentralen Schülmensa der Katholischen Canisiusstiftung, Fechtgasse 2, 85049 Ingolstadt sowie ein Mittagsverkauf über den extern verpachteten Pausenverkauf am Katharinen-Gymnasium erfolgen.

- 1.3 Einer Neugestaltung/ Aufwertung/ Nutzbarmachung von **Aufenthaltsflächen im Außenbereich (Pausenhof und Dachflächen)** wird zugestimmt.
- 1.4 Für das **Katharinen-Gymnasium** wird ein Sportanlagenraumprogramm für **3 Übungseinheiten** (57,9 Sportklassen) unter Berücksichtigung der Nutzung des Sportbades genehmigt:

Hallensportanlage

Katharinen-Gymnasium (2 Übungseinheiten) im Bestand
mit Betriebsräumen (General-
sanierung und Umstrukturierung)

Bezirkssportanlage Mitte (Nutzung 1 Übungseinheit) im Bestand
mit Betriebsräumen

Freisportanlagen

Am Katharinen-Gymnasium stehen keine Freisportanlagen zur Verfügung und können dort auch nicht untergebracht werden. Die Freisportanlagen mit Betriebsräumen sollen weiterhin an der benachbarten Bezirkssportanlage Mitte genutzt und nachgewiesen werden. Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung und Abstimmung eines Freisportanlagenkonzepts mit der Regierung von Oberbayern für die in die Bezirkssportanlage Mitte eingewiesenen Schulen bzw. der innerstädtischen Schulen beauftragt.

- 1.5 Für die Generalsanierung, Umbau und Ersatzneubau des Gebäudes C des Katharinen-Gymnasiums wird die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von ca. 10 Mio. € für Planungskosten genehmigt. Die Finanzmittel wurden bei der Haushaltsstelle 232000.940111 (Katharinen Gymnasium - Sanierung und Erweiterung) im Haushalt und Investitionsprogramm 2025 angemeldet. Über die bauliche Umsetzung und weitere Finanzierung der Maßnahmen ist nach Vorlage der Planungen (Projektgenehmigung) erneut Beschluss zu fassen.
- 1.6 Der Beauftragung von Planungsleistungen LPH 1 bis LPH 2 bis zur Projektgenehmigung wird zugestimmt.
- 1.7 Der Einleitung eines VgV-Verfahrens zur Gewinnung der (Fach-)planer wird zugestimmt. Die erforderlichen Finanzmittel sind in den unter 1.5 genannten Beträgen enthalten und wurden in Höhe von 100.000 € auf der Haushaltsstelle 232000.940111 (Katharinen Gymnasium – Generalsanierung) zum Haushalt 2025 angemeldet.
2. Zur Vorbereitung der Generalsanierung, Umbau und Erweiterung des **Apian-Gymnasiums** wird die Verwaltung beauftragt mit der LPH 0 – Bedarfsermittlung,

Entwicklung Raumprogramm und Raumkonzept zu beginnen und diese dem Stadtrat zur Programmgenehmigung vorzulegen.

Herr Grandmontagne verweist auf die Zahlen in der Präsentation, die der Niederschrift beiliegt. Dadurch ergebe sich der Mehrbedarf von insg. 1,5 Zügen, der durch eine jeweilige Erweiterung im Katharinen- und Apian-Gymnasium gedeckt werden soll.

Herr Hoffmann erklärt, dass die relativ hohen Kosten, die im Bereich eines Neubaus auf der grünen Wiese liegen, daher rühren, dass Urheberrecht und Denkmalschutz beachtet werden müssen und Sanierungen im Regelfall komplexer seien. Die weiten Flure müssten in Nutzung gebracht werden, weg von reinen Verkehrsflächen. Beim Brandschutz erfolge daher ein Wechsel vom System „notweniger Flur mit Räumen“ zu Nutzungseinheiten. Diese seien flächendeckend mit einer Brandmeldeanlage überwacht. Insofern sei dies ein weiterer Kostenpunkt. Die Kostenschätzung beruhe aus Erfahrungswerten, konkrete Zahlen erfolgen in der Projektgenehmigung mit einer konkreten Planung.

Stadtrat Reibenspieß erkundigt sich nach dem Raumprogramm des Apian-Gymnasiums und fragt, ob es nicht sinnvoller wäre, ein neues Gymnasium zu bauen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll antwortet, dass die Regierung kein neues Gymnasium genehmige, wenn noch Kapazitäten vorhanden seien.

Herr Grandmontagne ergänzt, dass die Stadt grundsätzlich ein Gymnasium bauen könne, dies jedoch nicht gefördert werde und kein Personal zur Verfügung gestellt werde vom Freistaat. Betriebswirtschaftlich wäre ein Neubau wohl besser, jedoch lasse sich dies rechtlich nicht umsetzen. Hinsichtlich der ersten Frage antwortet der Bildungsreferent, dass noch kein Raumprogramm vorliege.

Frau Wittmann-Ott erläutert, dass die Programmentwicklung unter Antragsziffer 2 beschlossen werden soll.

Stadtrat Dr. Schickel sagt, dass auch mit einem Neubau eine Sanierung der beiden bestehenden Gymnasien notwendig wäre. Er betont die hervorragende Zusammen-

arbeit mit dem Schulverwaltungsamt, es sei ein Miteinander auf Augenhöhe. Das Katherl sei deutlich über seinen Kapazitäten, der Platz werde dringend gebraucht. Aktuell sei kein lehrplanmäßiger Unterricht möglich und auch hinsichtlich des Arbeitsschutzes gebe es Probleme. Aufgrund dieser Dringlichkeit sei er über den Zeitplan etwas unglücklich.

Für Stadträtin Hagn sei die Sanierung unstrittig. Den Umbau und die Erweiterung sehe sie jedoch schwierig. Sie befürchte, dass der Platz bald wieder erschöpft sein könnte. Sie habe gehofft, dass durch politischen Druck die Gründung eines neuen Gymnasiums möglich gewesen wäre. Nun müsse man weiterhin kreativ sein, beispielsweise bei der Prüfung neuer Gebäude.

Stadträtin Leininger sieht die Größe der Schulen nach den Erweiterungen sehr kritisch. In München gebe es keine Schulen mit mehr als eintausend Schülern. Natürlich gebe es einen großen Platzbedarf und die Schüler seien im Katherl auch schon da, jedoch müsse man auch bildungspolitische, pädagogische Aspekte bedenken bei solch großen Gymnasien. Sie weist weiter auf die Einschränkungen des Schulbetriebs während der langen Bauphase von 10 Jahren hin.

Herr Grandmontagne verdeutlicht die Aussage des Ministeriums, dass es keine Genehmigung für ein neues Gymnasium geben werde. Ohne Erweiterungen könnte der Rechtsanspruch auf einen Schulplatz nicht mehr erfüllt werden.

Frau Wittmann-Ott warnt vor der Ablehnung der Erweiterungen, da bis zu einer theoretischen Fertigstellung eines Neubaus gegebenenfalls wieder Interimsgebäude notwendig würden. Die Schüler seien bereits da und müssten woanders untergebracht werden. Die Sanierungen seien in jedem Fall erforderlich und zwangsläufig mit einer Einschränkung des Schulbetriebs verbunden – die Belastung erfolge also auch ohne die Erweiterungen. Die naturwissenschaftlichen Fachräume werden zuerst in den Neubau umgezogen, ehe die alten saniert und zu Klassenzimmern umgenutzt werden. Das heißt, es gebe nur eine Auslagerung von Klassenzimmern, was wesentlich kostengünstiger sei, als eine Auslagerung von ausgestatteten Fachräumen beispielsweise in Containern.

Am Apian sei ein Gebäudebestand mit Flächenpotenzial vorhanden – dieses solle nicht ungenutzt gelassen werden. Es sei zu klären, was mit diesem Gebäudeteil passiere. An Herrn Hoffman gewandt fragt sie, wie der Zeitplan beim Katharinen-Gymnasium im Vergleich mit einem Neubau sei.

Herr Hoffmann sagt, dass man sich ohne den Neubau ungefähr zwei Jahre Zeit spare. Die fünf Jahre Bauzeit ergeben sich aus Planung, VgV-Verfahren, Ausschreibung, Bauzeit und der vorangestellten schulaufsichtlichen Genehmigung.

Stadtrat Dr. Schickel bedauere das Signal, das an die Schulfamilie gesendet werde. Obwohl man den zusätzlichen Bedarf erkannt habe, werde über den Zweckverband mit Pfaffenhofen und diese notwendigen Maßnahmen am Katherl und Apian diskutiert. Eine weitere Verschiebung durch erneute Diskussionen und Prüfungen sei unnötig. Es gehe nicht um einen Aufwuchs der Schulen, sondern um die Platzschaffung für Schüler, die bereits da sind und auch weiterhin kommen werden. Es gehe auch darum, die Sanierung so unschädlich wie möglich, sowohl für die Schulen, als auch für die Finanzen zu gestalten. Der Schlüssel für die dringend nötige Sanierung des Katharinen-Gymnasiums sei eben dieser Neubau. Dieser sei mit ca. 20 Millionen Euro deutlich günstiger veranschlagt, als die Sanierung. Er sehe keinen Bedarf das Thema in die Fraktionen zurück zu verweisen. Er appelliere dringend um Zustimmung.

Stadtrat Reibenspieß fragt, wo die 1550 zusätzlich erwarteten Schüler unterkommen sollen, wenn beim Katharinen-Gymnasium trotz der Erweiterung die Schülerzahl unverändert bleibe.

Auch am Apian sehe er hierfür keine Lösung.

Frau Wittmann-Ott erklärt die Folie 5 der Präsentation. Bei einer Auslegung des Apians auf 6,5 Züge und des Katherls auf 5,5 Züge ergebe sich eine Unterdeckung von ca. 3,5 Zügen. Diese würden mit dem Zweckverbandsgymnasium mit Pfaffenhofen abgedeckt.

Aktuell seien von den Schülerzahlen die Auslegungen zwar bereits erreicht, jedoch fehlten noch die entsprechenden Raumflächen, die nach den Raumprogrammen nötig wären.

Stadtrat Achhammer schließt sich Stadtrat Dr. Schickel an und spricht sich für eine rasche Entscheidung ohne weitere Verzögerungen aus. Natürlich wären kleinere Schulen schöner, jedoch habe man keine Alternativen zu den vorgelegten Konzepten. Er bittet Herrn Hoffmann bis zum PLA einen Plan des Gebäudeteils C vorzulegen.

Herr Hoffmann entgegnet, dass es bisher nur rudimentäre Vorüberlegungen gebe und keine konkreten Pläne.

Stadträtin Krumwiede äußert ihre Bedenken bezüglich der emotionalen Diskussion. Für sie sei die Sanierung des Katharinen-Gymnasium völlig unstrittig. Jedoch habe sie das Gefühl, dass sich einige Kolleginnen nicht ganz mitgenommen fühlen hinsichtlich der Erweiterungspläne und der Alternativlosigkeit. Es sei klar, dass die Aussage der Ministerialbeauftragten im ersten Moment final erscheine. Allerdings sei sie der Überzeugung, dass noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Das Gelände des Katharinen-Gymnasiums sei bereits überfüllt, sie könne sich nicht vorstellen, wo man dort noch sinnvoll erweitern will. Diese Bedenken müsse sie ohne genervte Blick anderer Fraktionen äußern dürfen.

Stadträtin Volkwein kritisiert, dass das Thema bereits seit 10 Jahren diskutiert werde und man einfach nicht weiterkomme.

Frau Bürkl merkt an, dass dieses Konzept bereits von Herrn Engert vorgestellt worden sei. Daran habe sich nichts verändert. Sie bitte daher um eine Entscheidung, da sich sonst alles weiter verzögere und die Schüler womöglich nicht mehr untergebracht werden können.

Abstimmung über den Antrag von Stadträtin Leininger, die Vorlage in die Fraktion zu verweisen:

Mit 4:8 Stimmen:

Abgelehnt

Abstimmung über die Vorlage der Verwaltung:

Mit 8:4 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

14 . Sachstandsbericht zu Schulbaumaßnahmen

Herr Hoffmann berichtet anhand der dem Protokoll beiliegenden Präsentation zum Sachstand der Schulbaumaßnahmen. Insofern wird auf weitergehende Ausführungen verzichtet.

Zum Reuchlin-Gymnasium erklärt Frau Wittmann-Ott, dass die Ergänzung der Programmgenehmigung erst begonnen werden könne, wenn das Ergebnis der Machbarkeitsstudie vorliege. Ob das Raumprogramm mit der Sanierung umgesetzt werden könne, sei bisher nicht geprüft.

Beschließend

- 15 . Dach- und Betonsanierung der Fahrradhalle Gebäude G, Sir-William-Herschel Mittelschule, Herschelstraße 26, 85057 Ingolstadt
- Projektgenehmigung
(Referent: Herr Hoffmann)
Vorlage: V0829/24**

Antrag:

1. Auf Basis der vorliegenden Vorentwurfsplanung wird für die Sanierung der Fahrradhalle Gebäude G der Sir-William-Herschel MS die Projektgenehmigung erteilt. Der eingeschossige Flachdachbau wird statisch ertüchtigt und das Dach mit einer Folieneindeckung erneuert. In diesem Zuge werden Fahrrad- und Scooter Halter erneuert.
2. Die Gesamtkosten in Höhe von 748.000 € brutto werden genehmigt. Die notwendigen Haushaltsmittel wurden zum Haushalt 2025 für die Jahre 2025 und 2026 auf der Haushaltsstelle 213001.501000 (Sir-William-Herschel Mittelschule, Bauunterhalt) angemeldet bzw. werden über den Deckungsring 1 zur Verfügung gestellt.
3. Die Freigabe der weiteren Planungsstufen wird genehmigt.

Herr Hoffmann erklärt, dass sich die Ballspielhalle der Schule teilweise statisch auf dem Fahrradvordach mit abstützt. Daher könne das Dach nicht einfach abgerissen und durch eine einfachere Stahlkonstruktion ersetzt werden.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Beratend

- 16 . Sanierung und Erweiterung der Grundschule Unsernherrn
- Projektgenehmigung
(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0832/24**

Antrag:

- 1.) Auf Basis der vorliegenden Entwurfsplanung LP 2 wird die Projektgenehmigung für die Erweiterung und den Umbau der Grundschule Unsernherrn auf 10 Klassen erteilt.
- 2.) Die Kosten in Höhe von 30,5 Mio. € werden genehmigt. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 30,5 Mio. € auf den Haushaltstellen 211000.940182 (GS Unsernherrn: Sanierung und Erweiterung) und 211000.935182 (GS Unsernherrn: Erstausrüstung) stehen im Haushalt 2024 zur Verfügung bzw. wurden zum Haushalt 2025 ff. angemeldet.
- 3.) Der geplanten Containeranlage im Umfang von ca. 260 m² NUF 1-6 zur Sicherstellung des Schul- und Ganztagsbetreuungsbetriebs an den beiden Schulstandorten Unsernherrn und Münchener Straße wird zugestimmt. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 650.000 € wurden auf der Haushaltsstelle 211000.935182 (GS Unsernherrn: Erstausrüstung) ebenfalls zum Haushalt 2025 für die Jahre 2027 und 2028 angemeldet.
- 4.) Auf Basis der vorliegenden Entwurfsplanung LP 2 wird die Projektgenehmigung für die Errichtung der Freisportanlagen an der Grundschule Unsernherrn erteilt.
- 5.) Für die Freisportanlagen an der Grundschule Unsernherrn werden die Kosten in Höhe von 700.000 € genehmigt. Die erforderlichen Mittel zum Haushalt 2025 wurden für die Jahre 2030 und 2031 auf der Haushaltsstelle 211000.940182 (GS Unsernherrn: Sanierung und Erweiterung) angemeldet.
- 6.) Die Freigabe zum Abruf der weiteren Planungsstufen wird erteilt.

Herr Hoffmann erläutert, dass sich die erneute Diskussion mit den Beteiligten durchaus rentiert hätte und die Vorlage nun deutlich günstiger sei als noch beim ersten Entwurf. Es seien einige Aspekte angepasst und nicht zwingend notwendige Punkte gestrichen worden. So habe man insbesondere den Umfang der geplanten Maßnahme reduzieren können.

In die Kosten unter Antragspunkt 2. seien die voraussichtlichen Baupreissteigerungen bereits eingerechnet.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Beratend

- 17 . Neubau einer 4-gruppigen Kindertagesstätte am Fort Peyerl, Ottonenstraße 31, 85051 Ingolstadt
(Referenten: Herr Hoffmann; Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0836/24**

Antrag:

1. Auf Basis der vorliegenden Vorentwurfsplanung wird für eine 4-gruppige Kindertagesstätte in der Ottonenstraße 31, 85051 Ingolstadt, die Projektgenehmigung erteilt.
2. Die Gesamtkosten in Höhe von **7.117.000 €** brutto werden genehmigt. Die erforderlichen Mittel auf der Haushaltsstelle 464000.940954 (Tageseinrichtungen für Kinder, Hochbaumaßnahmen, Kita am Fort Peyerl, Hagauer Straße) wurden in Höhe von 4.900.000 € zum Haushalt 2025 für die Jahre 2025 ff. angemeldet. Die erforderlichen Mittel auf der Haushaltsstelle 464000.935954 (Tageseinrichtungen für Kinder, Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens, Kita am Fort Peyerl, Hagauer Straße) wurden in Höhe von 300.000 € zum Haushalt 2025 angemeldet. Die weiteren Mittel im Jahr 2026 werden zur Haushaltsplanung 2026 ff. neu angemeldet.
3. Die Freigabe der weiteren Planungsstufen wird genehmigt.

Herr Hoffmann erläutert, dass sich die erneute Diskussion mit den Beteiligten durchaus rentiert hätte und die Vorlage nun deutlich günstiger sei als noch beim ersten Entwurf. Es seien einige Aspekte angepasst und nicht zwingend notwendige Punkte gestrichen worden. So habe man insbesondere den Umfang der geplanten Maßnahme reduzieren können.

In die Kosten unter Antragspunkt 2. seien die voraussichtlichen Baupreissteigerungen bereits eingerechnet.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

**18 . Zwischenbericht zu den Ergebnissen der Straßennamenkommission
(Mündlicher Bericht Herr Grandmontagne)**

Herr Tietmann vom Zentrum Stadtgeschichte berichtet anhand der dem Protokoll beiliegenden Präsentation zur Straßennamenkommission. Insofern wird auf weitergehende Ausführungen verzichtet.

Für Stadträtin Krumwiede erscheint das Vorgehen etwas überfrachtet. Der Grund, warum eine Straße einen bestimmten Namen trägt, sei zwar interessant, entscheidend seien aber letztlich nur die Personen, die zur Umbenennung oder Kontextualisierung vorgeschlagen werden.

Sie möchte wissen, wann die Liste mit der Priorisierung und den konkreten Empfehlungen vorliege.

Laut Herrn Tietmann sei abzuwarten, inwieweit diese große Anzahl an Namen in einer Sitzung abgearbeitet werden könne. Er strebe dennoch das erste Halbjahr 2025 an. Eventuell sei eine Priorisierung nach Dringlichkeit möglich, also dass in der Kommission zuerst die Personen, bei denen mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Handlungsbedarf bestehe, behandelt werden. Als Beispiel gebe es in Friedrichshofen die Reuthlinger-Straße, ein Landwirt und Bürgermeister während und nach der NS-Zeit. Die Quellen für solche Personen seien schwierig zu finden und entsprechend schwierig zu priorisieren.

Stadträtin Krumwiede betont, dass die Entscheidung in der Hand des Stadtrats liege, die Kommission könne nur vorberatend tätig sein. Auch die BZAs müssen eingebunden werden, insbesondere hinsichtlich der Kontextualisierung.

Ihr sei wichtig, dass man bei den bekannten Personen wie Hindenburg oder Mölders zügig vorankomme.

Herr Grandmontagne sagt einen Zwischenbericht im Sommer nach den Kommissionssitzungen zu. Anschließend könne der Stadtrat über die Vorschläge und das weitere Vorgehen entscheiden.

Nichtöffentliche Sitzung

1 . Interimsfestsaal (Mündlicher Bericht Herr Grandmontagne)

Öffentlich:

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll schlägt vor, den Punkt wegen laufender Verhandlungen nichtöffentlich zu behandeln.

Mit allen Stimmen so beschlossen.

- Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet. -

